

Guinea: Abschiebepolizisten verprügelt



Euro-afrikanische Kollaboration in der Migrationspolitik und Widerstand

Conni Gunßer, Flüchtlingsrat
Hamburg (gekürzt aus
redaktionellen Gründen)

Nachdem französische Polizisten bei einer Abschiebung auf dem Flughafen in Guineas Hauptstadt Conakry tätlich angegriffen worden sind, kommt es zu Kontroversen auf Regierungsebene. Einzelheiten und Hintergründe zu einer spontanen Protestaktion.

Sechs französische Polizisten wurden am 16.08.2007 in Guineas Hauptstadt Conakry am Flughafen verprügelt, als sie dort zwei aus Frankreich deportierte Guineer ablieferten. Nach einem Polizeibericht hatten Passagiere, die über Miss-handlungen der Abgeschobenen empört waren, per Handy ein „Empfangskomitee“ am Flughafen Conakry organisiert. Hinterher seien die Franzosen auf einer Polizeiwache beschimpft worden.

Welche Hintergründe hat dieser Vorfall? Im folgenden Artikel sollen die Zusammenhänge mit den jüngsten Entwicklungen im westafrikanischen Guinea und der EU-Migrationspolitik, insbesondere den Machenschaften französischer und deutscher Abschiebebehörden, untersucht werden.

Diplomatische Kontroversen zwischen Frankreich und Guinea

Der Vorfall am Flughafen löste heftige Kontroversen auch auf Regierungsebene aus. Der Vorwurf aus Frankreich ist, die guineische Regierung habe sich nicht entschuldigt, sondern nur ihr Bedauern ausgedrückt. Die guineische Regierung klagt, dass Frankreich als einziges Land Abschiebungen nach Guinea durchführe, ohne die dortige Regierung im voraus darüber zu informieren.

Bei einem Treffen des französischen Ministers für „Einwanderung, nationale Identität und Entwicklung“ und dem guineischen Premierminister am 28.8.2007 ging es neben der Erörterung von Fragen der Entwicklungspolitik um diesen Vorfall. Der guineische Minister versicherte, dass die guineischen Polizisten sich nicht gegen ihre französischen Kollegen gewandt,

sondern im Gegenteil diese in Sicherheit gebracht hätten. Es wurde sich darauf geeinigt, die guineischen Behörden im Vorfeld einer Abschiebung zu informieren und künftig Rückführungen besser zu koordinieren.

Vorangegangen waren diesen Ereignissen Auseinandersetzungen über einen seit dem 15.6.2007 andauernden Hungerstreik von ca. 60 *sans papiers* in Lille sowie ähnliche Aktionen in Rennes und Toulouse. Auch die beiden Abgeschobenen gehörten zu diesen *sans papiers*.

Der französische Einwanderungsminister hatte am 13.8.2007 den zuständigen Konsul der guineischen Botschaft aufgefordert, mit Hilfe eines nach Lille geschickten Dorfältesten die guineischen *sans papiers* zur Beendigung ihres Hungerstreiks zu bewegen. GuineerInnen aus einer bestimmten Region seien die RädelsführerInnen von Aktionen gegen die Regierung von Sarkozy. Wenn dies nicht beendet werde, gebe es keine Visa und keine Legalisierungen mehr für GuineerInnen. Am 30.8.2007 wurde nach Aushandlung eines Kompromisses der Abbruch des Hungerstreiks in Lille gemeldet.

Entwicklungen in Guinea

Die aktuellen Auseinandersetzungen müssen im Zusammenhang mit der Geschichte Guineas und den politischen Entwicklungen seit Jahresbeginn gesehen werden. Guinea wurde 1958 als erstes westafrikanisches Land von Frankreich unabhängig und wandte sich unter Präsident Sekou Touré scharf von der ehemaligen Kolonialmacht ab und dem „sozialistischen Lager“ zu.

« Fotos der Unterkunft in Horst sowie einer Demonstration in Horst (S.34). (Dorothea Zirkel)

Nach Sekou Tourés Tod 1984 gelangte durch einen Militärputsch Lansana Conté an die Macht, der sich in fragwürdigen Wahlen als Präsident bestätigen ließ. Unter seiner Herrschaft öffnete sich Guinea dem Westen und entwickelte sich trotz (oder gerade wegen?) seines Rohstoffreichtums (u.a. Bauxit) zu einem der ärmsten und korruptesten Länder der Welt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung fand zum einen in zunehmender Auswanderung, zum andern in einer traditionell starken und inzwischen auch politisch oppositionellen Gewerkschaftsbewegung ihren Ausdruck. Auf einen am 10. Januar 2007 ausgerufenen Generalstreik antwortete Präsident Conté am 9.2.2007 mit der Verhängung des Kriegsrechts. Auf Demonstrationen und bei willkürlichen Hausdurchsuchungen wurden ca. 150 Menschen getötet und Tausende verletzt. Durch Vermittlung der ECOWAS wurde Ende Februar ein neuer Premierminister, der gewerkschaftsnahe Lansana Kouyaté, ernannt. Präsident Lansana Conté blieb jedoch im Amt, gestützt vor allem auf Teile des Militärs.

Dubiose Delegationen und korrupte Beamte als Abschiebehelfer

Ein Beispiel für Korruption und Kollaboration guineischer Staatsbediensteter mit europäischen Abschiebebehörden sind die Besuche dubioser Delegationen aus Guinea, die seit 2005 mehrfach in Deutschland (Hamburg, Dortmund, Braunschweig), der Schweiz, Frankreich, auf den Kanarischen Inseln und wahrscheinlich in weiteren EU-Ländern stattfanden und meist von Protesten begleitet waren. Zweck der Reise von jeweils vier hohen BeamtenInnen des guineischen Innen- und Außenministeriums ist die „Identifizierung“ afrikanischer Flüchtlinge als guineische Staatsangehörige und Ausstellung von Papieren für die Abschiebung. Eigentlich ist dies die Aufgabe der Botschaft, die aber nicht genug „Kooperationsbereitschaft“ zeigte, sprich: nicht jedem afrikanischen Flüchtling, den europäische Behörden

Das Innenministerium Rheinland-Pfalz teilte am 27.11.2007 mit, dass sich die Aussetzung der Rückübernahme Guineas auf die Entsendung von Identifizierungsmissionen beschränke. Künftig werde es keine guineischen Identifizierungsdelegationen mehr geben.



zum Guineer erklärten, entsprechende Papiere ausstellte. Nun wurden die Delegationen eingeflogen, die neben Reisekosten Tagegelder und „Gebühren“ pro Reisepapier in unbekannter Höhe erhalten und Hunderte von AfrikanerInnen zu „Interviews“ in die Ausländerbehörden vorgeladen haben.

Pikanterweise stellte sich beim dritten Besuch der Delegation in Deutschland heraus, dass ihr Leiter als leitender Beamter der Visaabteilung im guineischen Außenministerium sich auch als so genannter „Schleuser“ betätigt und ausreisewilligen GuineerInnen für horrenden Beträge Visa und Flugtickets nach Europa besorgt hatte. Nach Zeugenaussagen betroffener Flüchtlinge ermittelt die Staatsanwaltschaft Dortmund seit gut einem Jahr in dieser Angelegenheit. Der neue Delegationsleiter Balde, der auch über ein Rückübernahmeabkommen verhandeln sollte, tauchte in Deutschland nicht auf.

Aufgrund von Protesten betroffener GuineerInnen und einer Oppositionspartei erklärte das guineische Außenministerium in einem Communiqué vom 1.8.2007 den Stopp jeder Mission zur Identifizierung und Abschiebung. Vorher müsse ein Abkommen abgeschlossen werden, das die Sorgen Guineas berücksichtigt. Ob das nun heißt, dass die bereits ausgestellten Abschiebepapiere keine Gültigkeit haben, ist fraglich. Zumindest in Deutschland gibt es seit dem einen faktischen Abschiebestopp nach Guinea, von dem die guineische Botschaft angeblich nichts erfahren hat. Weiterhin kommen GuineerInnen z.B. in Hamburg in Abschiebehaft und sollen auf Druck des deutschen Außenministeriums abgeschoben werden.

Migration als umkämpftes Terrain

Diese Vorfälle zeigen, dass Migration ein Bereich ist, in dem widersprüchliche Interessen eine Rolle spielen: Zuerst das berechnete Interesse der Flüchtlinge und MigrantInnen, selbst entscheiden zu können, wo sie in Sicherheit leben und Geld auch für ihre Verwandtschaft verdienen wollen. Interesse an den Rücküberweisungen (die inzwischen weltweit offiziell fast das Dreifache der „Entwicklungshilfe“ ausmachen) haben nicht nur die Familien der MigrantInnen, sondern ebenfalls die Regierungen der Herkunftsländer. Diese müssten sonst mehr soziale Unruhen fürchten oder die Grundversorgung der Bevölkerung auf andere Weise finanzieren. Auch korrupte Staatsbedienstete haben ein Interesse an Migration, da sie für entsprechendes Geld Ausreisewillige passieren lassen. Dem stehen die Interessen von Regierungs- und Verwaltungsmitgliedern an Geldern der europäischen Regierungen für Rückübernahmeabkommen und entsprechende Dienstleistungen bei Abschiebungen entgegen. In den EU-Ländern gibt es nicht nur das Interesse der Regierungen, sich unerwünschter Flüchtlinge zu entledigen, sondern auch das Interesse bestimmter Wirtschaftszweige an rechtlosen und damit optimal ausbeutbaren Arbeitskräften. Welche Interessen sich jeweils durchsetzen, hängt nicht zuletzt von politischen Kämpfen ab – z.B. von Opposition und Gewerkschaften im Herkunftsland, aber auch von Flüchtlingen, MigrantInnen und ihren UnterstützerInnen in den Zielländern der Migration. Und hier bleibt noch einiges zu tun.